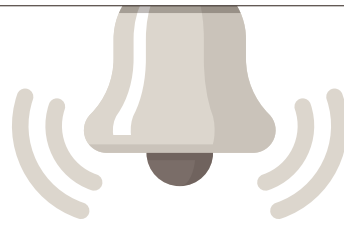


CLOSING BELL



Getestet

von Thorsten Riedl

...Apple iPad Pro 11 (2018)

Im Tablet-Markt ist ein wenig die Luft draussen. Das liegt wohl zum einen daran, dass die Kunden zufrieden sind mit dem, was sie haben – zum anderen aber auch, dass sich die Hersteller nicht unbedingt um Innovationen bemühen. Schon allein deshalb ist es eine Freude, das neue iPad Pro von Apple in den Händen zu halten. Es verzichtet auf den Home-Knopf zur Steuerung, versteht sich wie die iPhone-X-Reihe auf Gesten des Nutzers. Auch sonst gibt es einige Glanzpunkte. Der Haken: Beim Preis setzt das Gerät ebenso eigene Massstäbe.

Apple-typisch gibt es an der Verarbeitung der neuen iPad-Pro-Reihe nichts auszusetzen. Findige TÜftler haben zwar entdeckt, dass sich das Tablet verbiegen lässt – bis zum Bruch. Bei normalem Gebrauch ist das aber kein Thema. Dass man das iPad so weit biegen kann, ist teils wohl der Bauweise geschuldet: Es misst lediglich 5,9 Millimeter, noch dünner als der Vorgänger. Das Kameramodul ragt etwas heraus. Die Kamera schießt brauchbare Bilder, es ist aber sicher nicht die Königsdisziplin eines Tablets. Wichtiger ist da die Qualität des Bildschirms, der die komplette Vorderseite einnimmt. Entsperrt wird er via Gesichtserkennung. Das Display besticht durch lebensechte Farben und einen Sensor, der die Darstellung an das Umgebungslicht anpasst. Das Lesen fällt ebenso leicht wie das Bearbeiten von Fotos oder Videos. Dies gelingt problemlos auch wegen des Apple-eigenen Chips, des A12X Bionic. Der Leistungssprung sowohl bei der Rechen- als auch der Grafikeinheit gegenüber der iPad-Pro-Generation aus dem Jahr 2017 ist beachtlich. Das iPad Pro kann nun sogar mit einem ausgewachsenen MacBook Pro mithalten.

Dass es trotzdem nicht zum Computer-Ersatz taugt, liegt für einmal nicht am Akku. Der hält problemlos zwei Arbeitstage. Das Betriebssystem iOS bremst jedoch. Es ist damit noch immer nicht alles das machbar, was mit einem Notebook geht. Also braucht es weiterhin zwei Geräte – und dafür ist das iPad Pro günstigenfalls ab 870 Fr. dann doch zu teuer.



Kaffee mit ...

... Samira Marti, Nationalrätin

Schon bei der herzlichen Begrüssung durch die Cheffe de Service wird klar: Samira Marti ist keine Unbekannte im Liestaler Mooi. «Dieses Lokal ist auch ein bisschen eine Herzensangelegenheit», sagt sie. Im 2012 wiedereröffneten Café hat die im Nachbarsdorf Ziefen aufgewachsene Marti zwei Jahre lang gearbeitet. Es hat massgeblich dazu beigetragen, dass der Baselbieter Kantonshauptort für die jüngere Generation wieder attraktiver geworden ist. Politik beginnt für Marti im Kleinen, und das Ziel formuliert sie gleich selbst: «Es geht mir primär darum, das Leben der Menschen zu verbessern.» Was sich im Wahljahr 2019 wie ein gut einstudierter Werbespruch anhören könnte, nimmt man der jungen SP-Politikerin ab. Die Überzeugung von ihrer Sache wirkt ernst.

Erst einundzwanzig Jahre alt war Samira Marti, als ihr bei den Wahlen 2015 fast 14000 Baselbieter Stimmende ihr Vertrauen aussprachen. Der vierte Listenplatz war ein ansehnliches Ergebnis, «ich habe einige Politgrössen überholt», schmunzelt sie, aber dass er ins Bundeshaus führen würde, war damals wenig wahrscheinlich. Mit einem Wähleranteil von gut 20% ist die SP im Kanton Baselland zwar die zweitstärkste Kraft und stellt zwei Nationalräte. «Dass es schliesslich doch klappte, da war schlicht Zufall dabei», glaubt Marti aber. Tatsächlich fügten sich die Ereignisse: Die langjährige Nationalrätin, Susanne Leutenegger Oberholzer, gab im März 2018 ihre Rücktrittsabsicht bekannt. Schon davor war klar, dass Kathrin Schweizer, die den Platz vor Marti belegt hatte und eigentlich nachrutschen sollte, sich als Regierungskandidatin aufstellen würde.

Sonst überlässt die Jungpolitikerin nicht viel dem Zufall: Einen Termin mit ihr zum Kaffee zu finden, war ein Leichtes. E-Mails beantwortet sie nach wenigen Minuten. «Ich bin Perfektionistin und immer organisiert.» Das kommt ihr beim gegenwärtigen Medienrummel entgegen. Die zweitjüngste Nationalrätin aller Zeiten – Parteikollegin Pascale Bruderer war bei ihrem Einzug ins nationale Parlament im April 2002 einige Wochen jünger – stand zuletzt viel im Rampenlicht. Dabei wirkt sie zwischendurch so abgeklärt, als bewege sie sich bereits Jahre und nicht erst seit der letzten Session in Bern. «Du musst immer deine wichtigsten drei Positionen wiedergeben», habe sie kürzlich einer Kollegin geraten – und lässt dabei die Erfahrung durchblicken, die sie bereits mitbringt.

Sie sei in einem politischen Haushalt gross geworden. Auch wenn ihre Eltern nicht für eine Partei aktiv gewesen seien. «Sie haben uns mitgegeben, dass jeder eine Verantwortung für die Gesellschaft trägt.» Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichstellung – Werte, die sie bei den Jungsozialisten und später bei der SP wiedergefunden habe. Von 2014 bis 2016 war Marti Geschäftsleitungsmitglied. Ihren ersten politischen Erfolg feierte sie bereits in der Sekundarschule: Erfolgreich setzte sie sich gegen die vom Regierungsrat geplante Schliessung der Schule ein. «Manchmal denke ich, wollen die Menschen die Geschichte wirklich nochmals hören?» Aber sie habe sich daran gewöhnt, die Dinge immer wieder zu erzählen.



Ihren Erfolg führt Marti auch auf ihr breites Netzwerk zurück. «Ich bin hier im Baselbiet verankert, die Leute kennen mich.» Genau das sei oft ein Problem der Frauen. Es fehlten Solidarität und Vorbilder. Auch deshalb setze sie sich für die Frauenquote ein. Zudem glaubt sie, dass Politikerinnen immer noch mehr mit Dossierfestigkeit überzeugen müssen als ihre männlichen Kollegen. Um sie sich anzueignen, absolviert sie derzeit ein Masterstudium in Wirtschaft an der Universität Zürich. «Im Kern der Ungleichheit, die ich bekämpfen will, geht es um die Volkswirtschaft.»

In Bern hat Marti bereits ihre erste Motion eingereicht: Der Bundesrat soll, wie Schülerstreiks fordern, den Klimanotstand ausrufen. «Der Markt greift bei den fossilen Brennstoffen nicht. Wir werden noch viel zu lange genug Rohstoffe haben. Nur Regulierungen und Verbote werden helfen, den Verbrauch rechtzeitig zu reduzieren.» Dank dem weltweit einflussreichen Finanzplatz biete sich der Schweiz auch global ein Hebel. Über ihre Wiederwahl kommenden Herbst macht sich die Jungpolitikerin dagegen noch wenig Gedanken. «Das Fundament ist da, und ich genoss 2015 einen Vertrauensvorschuss.» Die Leute hätten sie schliesslich aus einem Grund gewählt. Wenn man die Gäste des Mooi an diesem Freitagmorgen als Massstab nimmt, ist die Zuversicht durchaus berechtigt: Links und rechts wird sie strahlend begrüsst, als wir das Lokal verlassen. *Gabriella Hunter*

Was macht eigentlich ...

... Felix Walker, Ex-Raiffeisen-Chef

Rund sechs Jahrzehnte ist sein Studium an der Uni St. Gallen (HSG) her. Doch noch heute zieht es Felix Walker an Abendvorlesungen seiner Alma Mater. Der 83-Jährige wohnt mit seiner Frau wenige Minuten von der HSG entfernt in einem modernen Haus im Quartier Rotmonten. Drei Kinder und sechs Enkel sind regelmässige Besucher. Sein halbes Leben ist der frühere Raiffeisen-Chef schon der Gallustadt verbunden, war für sie politisch aktiv. Seiner alten Heimat ist der Bauernsohn dabei treu geblieben. Im März geht er wieder im Walliser Goms wandern, die Region schliesst an seinen Geburtsort Mörel unterhalb der Riederalp an.

Heute bezeichnet sich Walker noch als Beobachter des Zeitgeschehens. Zuletzt sass er bis 2012 im Präsidium der Caritas. Sein Nationalratsmandat legte er 2006 nieder. Als Präsident der Finanzkommission gehörten zu seinen grössten Vorlagen die Reform des Finanzausgleichs und die Einführung der Schuldenbremse, die das Defizit des Bundes tilgen hilft. Damals sei die politische Konsensfindung noch einfacher gewesen, sagt Walker im Gespräch mit «Finanz und Wirtschaft». «Heute sind die politischen Pole erstarkt, die konsensfähige Mitte ist geschrumpft.» Das Thema EU werde als Problem bewirtschaftet, dabei herrsche ein Reformstau



CVP-Nationalrat Felix Walker (Mitte) mit FDP-Kollege Franz Steinegger (rechts) 2002 in Bern.

BILD: KEYSTONE

im Land. «Der Föderalismus muss neu organisiert werden, die Gesundheitskosten gehen durchs Dach, beim Kartellrecht sind wir noch längst nicht am Ende, und bei der Altersvorsorge laufen wir in einen Hammer», sagt Walker.

Doch mehr als den Nationalrat prägte Walker zuvor die Geschicke Raiffeisens. 1999 gab er die Leitung an den mittlerweile in Ungnade gefallen Pierin Vincenz ab. Der Walliser hinterliess dem Bündner eine kraftstrotzende Finanzgruppe. Als der Ex-

Finanzchef der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg 1979 in St. Gallen anfang, war das Raiffeisenreich ein Flickteppich von über tausend eigenständigen Kleinkassen, deren Marktgebiete oft nicht grösser als Dörfer waren. Geführt wurden sie im

Nebenamt von Dorfschreibern oder Treuhändern. «Sie konnten oft noch nicht einmal die eigene Gemeinde vernünftig mit Bankdienstleistungen versorgen», sagt Walker. Und wenn sie dann mal klotzten, seien oft finanzielle Schäden entstanden. Für Walker war klar: «Raiffeisen hat nur eine Zukunft, wenn sie eine vollwertige Bank eines mittelständischen Kunden sein kann – nicht mehr und nicht weniger.» Dafür mussten die Banken fusionieren, sich professionalisieren und digitalisieren. Verordnen konnte Walker nichts. Die Banken waren seine Chefs, St. Gallen eine reine Dienstleistungseinheit. Walker ging auf Ochsentour durch die Provinz, leistete Überzeugungsarbeit, bot Hilfe an, übte sanften Druck aus. Es funktionierte. Die Gruppe erreichte 1986 mit 1229 Banken ihre Höchstzahl – fortan fusionieren die Häuser. Bei Walkers Abgang existierten noch rund 500 Einzelbanken, Raiffeisen ist zur drittgrössten Bank des Landes geworden mit St. Gallen als Schaltzentrale.

Dort kaufte nach Walker ein machtbewusster Vincenz für 1 Mrd. Fr. Beteiligungen. Nicht alles ging mit rechten Dingen zu. Mitte Jahr erwartete Vincenz eine Anklage wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung. Walker hat neben Kritik auch Mitleid für den Nachfolger übrig. Es habe falsche Entwicklungen gegeben, die jetzt korrigiert würden. Doch die Gruppe habe sich stets prächtig entwickelt. *Valentin Ade*